



**SACHSEN-ANHALT**

Vertretung bei der  
Europäischen Union

# EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 04/18 • 25.01.2018



## Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Leserinnen und Leser,

Am heutigen Donnerstag traf sich erstmalig die Task-Force für Subsidiarität, Proportionalität und „Weniger, aber effizienteres Handeln“ unter Vorsitz des Ersten Vizepräsidenten der Europäischen Kommission.

Von Kommissionspräsident Juncker ins Leben gerufen, hat die Task-Force die Aufgabe, bis Juli 2018 Wege zur besseren Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit aufzuzeigen, Bereiche zu benennen, in denen EU-Kompetenzen ganz oder teilweise an die Mitgliedstaaten zurückübertragen werden könnten. Sie soll weiterhin Optionen für eine bessere Einbindung der lokalen und regionalen Behörden in die Politik der Europäischen Union aufzeigen.

Die Task-Force besteht derzeit aus dem Vorsitzenden, drei Abgeordneten nationaler Parlamente der Mitgliedstaaten und drei Mitgliedern des Ausschusses der Regionen (Karl-Heinz Lambertz, Präsident des AdR, PES, Dr. Michael Schneider, Fraktionsvorsitzender im AdR, EVP und Francois Decoster, Vizepräsident der Region Hauts-de-France, ALDE).

Mit besten Grüßen

Dr. Henrike Franz  
Leiterin der Landesvertretung



**SACHSEN-ANHALT**

Vertretung bei der  
Europäischen Union

SACHSEN-ANHALT  
VERTEILUNG

VERTEILUNG



# Inhaltsverzeichnis

<b><u>Vorwort</u></b> .....	<b>2</b>
<b><u>Aus den Institutionen</u></b> .....	<b>4</b>
• Europäische Kommission – Präsident Juncker ernennt Mitglieder der Taskforce „Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit“	
• Europäische Kommission – Beihilfenanzeiger 2017	
• Europäische Kommission – Konsultation zu regulatorischer Zusammenarbeit beim EU-Kanada-Handelsabkommen	
• Rotierende EU –Ratspräsidentschaft - Bulgarien will die Einigkeit in der EU fördern	
• EURO-Gedenkmünzen – Neuausgaben	
<b><u>Aus den Fachbereichen</u></b> .....	<b>8</b>
• Zukunft des Lernens	
• Freiwilliger EU-Verhaltenskodex: Deutliche Fortschritte bei Bekämpfung von Online-Hetze	
• Umwelt - Treffen zu Luftverschmutzung in Brüssel angekündigt	
• Mehrwertsteuer-Reform	
• Bankenunion - Risikoabbau in den Bankbilanzen kommt voran	
• Europäischer Preis für musikalische Newcomer - European Border Breakers Awards	
• Agrarpolitik –Öffentliche Konsultation zur Entwicklung des ländlichen Raums für den Zeitraum 2007–2013	
• Konsultation zu Transparenz und Nachhaltigkeit der Risikobewertung in der Lebensmittelkette	
<b><u>Was, wann, wo</u></b> .....	<b>13</b>
• „Verantwortung!“ – Magdeburgs Bewerbung zur „Kulturhauptstadt Europas 2025“	
• Europaminister gratuliert zu zwei neuen Europeinfozentren im Land	
• EU-Sozialkommissarin Thyssen wirbt in Berlin für längere Auslandsaufenthalte von Auszubildenden	
• Digitaler Binnenmarkt: Arbeitsgruppentreffen zu Digital Innovation Hubs: Fraunhofer IFF Magdeburg präsentiert sich	
<b><u>Ausschreibungen</u></b> .....	<b>19</b>
• KOM – Nationale Sachverständige – END	
• EU stellt Fördermittel für „Film Education“ bereit	
<b><u>Kontaktbörse</u></b> .....	<b>22</b>
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<b><u>Büro intern / Tipp</u></b> .....	<b>23</b>
• GOEUROPE - Quizfragen	
<b><u>Ihr Kontakt zu uns</u></b> .....	<b>25</b>
<b><u>Impressum</u></b> .....	<b>26</b>



## Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

### Europäische Kommission – Präsident Juncker ernennt Mitglieder der Task-Force „Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit“

Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat am 18. Januar sechs Mitglieder der neuen „Taskforce für Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit“ ernannt. Aus Deutschland ist **Michael Schneider, Staatssekretär für Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Sachsen-Anhalt**, vertreten. Die Taskforce arbeitet unter dem Vorsitz des Ersten Vizepräsidenten Frans Timmermans und wird dem Präsidenten bis zum 15. Juli 2018 einen Bericht vorlegen. Ziel ist es, unter anderem zu klären, welche Befugnisse auf nationaler oder lokaler Ebene besser ausgeübt werden können als auf europäischer. Ferner soll die Taskforce Wege aufzeigen, wie regionale und kommunale Gebietskörperschaften besser in die Politikgestaltung der EU einbezogen werden können.

Präsident Juncker hatte die Taskforce im September in seiner Rede zur Lage der Union angekündigt.

Die Mitglieder der Task Force sind alle Politiker. Sie wurden von der Konferenz der Parlamentsausschüsse für Unionsangelegenheiten der Parlamente der Europäischen Union (COSAC) und vom Ausschuss der Regionen nominiert. Vom COSAC benannt wurden Toomas Vitsut (Mitglied des estnischen Parlaments), Reinhold Lopatka (Abgeordneter des österreichischen Nationalrats) und Kristian Vigenin (Mitglied des Parlaments von Bulgarien). Vom Ausschuss der Regionen benannt wurden Karl-Heinz Lambertz (Präsident), Michael Schneider und François Decoster. Das Europäische Parlament wurde aufgefordert, drei Mitglieder zu benennen, hat dies aber noch nicht getan. Die Taskforce tritt erstmalig am 25. Januar zusammen und legt ihren Bericht bis zum 15. Juli vor.

Die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit sind in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union niedergelegt. Durch das Subsidiaritätsprinzip soll sichergestellt werden, dass Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden und dass die EU nur in den Fällen tätig wird, in denen Maßnahmen auf EU-Ebene effizienter sind als auf nationaler, regionaler oder kommunaler Ebene. Die Anwendung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit stellt sicher, dass die Maßnahmen der EU nicht über das für die Erreichung der Vertragsziele erforderliche Maß hinausgehen. Die Anwendung dieser Grundsätze unter dieser Kommission lässt sich am Beispiel der Kontrolle staatlicher Beihilfen aufzeigen, die bereits weitgehend an nationale Behörden übertragen wurde; 97 Prozent aller staatlichen Beihilfen werden nun von Stellen auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene kontrolliert. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Beschluss über die Ernennung der Mitglieder der Taskforce Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit [Link](#)

Beschluss über die Einrichtung einer Taskforce Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit [Link](#)

Rede zur Lage der Union 2017 [Link](#)

Weißbuch zur Zukunft Europas [Link](#)

Politische Leitlinien von Präsident Juncker [Link](#)



## Europäische Kommission – Beihilfenanzeiger 2017

Am 16. Januar hat die Europäische Kommission den Beihilfenanzeiger 2017 veröffentlicht. Er veranschaulicht die erfolgreiche Modernisierung des EU-Beihilferechts.

Der jährlich erscheinende [Beihilfenanzeiger](#) beruht auf Aufstellungen der Mitgliedstaaten über ihre einschlägigen Ausgaben und umfasst sämtliche laufenden Beihilfemaßnahmen zugunsten des verarbeitenden Gewerbes, des Dienstleistungssektors, der Landwirtschaft und der Fischerei. Ebenfalls erfasst werden Beihilfen für Finanzinstitute im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Dagegen bleiben Beihilfen für den Schienenverkehr und für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse unberücksichtigt.



Seit Mai 2012 wurde das EU-Beihilferecht von der Kommission einer groß angelegten [Modernisierung](#) unterzogen. Auf der Grundlage der neuen Vorschriften können die Mitgliedstaaten Beihilfen zur Förderung von Investitionen, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung rasch durchführen, und die Kommission kann ihre Beihilfenkontrolle auf die potenziell für den Wettbewerb am schädlichsten Maßnahmen konzentrieren.

Als Teil dieses Pakets wurden im Juli 2014 und im Jahr 2017 neue Regeln zur Verringerung des Verwaltungsaufwands eingeführt, um weniger wettbewerbsschädliche Beihilfen von der Pflicht zur vorherigen Anmeldung auszunehmen ([Gruppenfreistellungsverordnung](#), Vollfassung [hier](#)). Gleichzeitig werden Maßnahmen, die den Wettbewerb erheblich verfälschen oder den Binnenmarkt fragmentieren könnten, genauer geprüft.

Es wurden einige Vorkehrungen in den Bereichen Transparenz, Kontrolle und Evaluierung getroffen, um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Flexibilität und Verantwortung zu wahren.

Da wettbewerbsrechtlich unproblematische Beihilfen nicht länger von den Mitgliedstaaten angemeldet werden müssen, können sich die Kommissionsdienststellen jetzt intensiv mit den komplexeren Beihilfevorhaben befassen. Trotz der zunehmenden Komplexität der Fälle liegt die Bearbeitungszeit nun stabil bei etwa fünf Monaten.

Aufgrund der neuen Transparenzerfordernisse sind die Mitgliedstaaten seit dem 1. Juli 2016 insbesondere verpflichtet, die Namen der Beihilfeempfänger und ausgezahlte Beträge von mehr als 500.000 Euro zu veröffentlichen. Die Kommission hat eine neue Datenbank – die [Beihilfentransparenzdatenbank](#) – entwickelt, in der alle Mitgliedstaaten Informationen veröffentlichen sollen. Aktuell enthält sie Angaben von 22 Mitgliedstaaten zu über 15.000 gewährten Beihilfen. • *eag Quelle: PM KOM*



## Europäische Kommission – Konsultation zu regulatorischer Zusammenarbeit beim EU-Kanada-Handelsabkommen

Die Europäische Kommission ruft Interessenvertreter und zivilgesellschaftliche Akteure zur Einreichung von Vorschlägen für das Forum für die Zusammenarbeit in Regulierungsfragen im Rahmen des [umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada](#) auf. Die Kommission hat dazu am 18. Januar auf [ihrer Website](#) eine Konsultation gestartet, wo Interessierte ihre Ideen zu den für die regulatorische Zusammenarbeit wichtigen Bereichen und Themen vorstellen können.

Das Forum für die Zusammenarbeit in Regulierungsfragen soll sich in Bereichen beiderseitigen Interesses abstimmen, um unnötige bürokratische Handelshemmnisse zu vermeiden und die Zusammenarbeit zum Wohle des Verbraucher- und Gesundheitsschutzes zu vereinfachen. Interessierte Akteure können [bis zum 16. Februar](#) ihre Vorschläge dazu einbringen.

Die Zusammenarbeit in dem Forum beruht auf freiwilliger Basis und schränkt in keiner Weise das Recht europäischer oder kanadischer Behörden in ihrer künftigen Gesetzgebung ein.



• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Daily News vom 19.01.2018 [Link](#)

Die Konsultation [Link](#)

Das Handelsabkommen EU-Kanada [Link](#)

6

## Rotierende EU –Ratspräsidentschaft - Bulgarien will die Einigkeit in der EU fördern

Unter das Motto „Einigkeit macht stark“ hat die bulgarische Regierung ihre Präsidentschaft im EU -Ministerrat gestellt, die sie am 1. Januar für sechs Monate übernommen hat. Zum ersten Mal führt das Land den Vorsitz. Aktuelle EU -Nachrichten und Informationen über Ratssitzungen und andere Veranstaltungen sowie die Schwerpunkte und Vorhaben der Ratspräsidentschaft bietet eine eigene Internetseite, die auch in deutscher Sprache zur Verfügung steht. Ihr Programm haben die Bulgaren unter der Überschrift „Sicherheit, Stabilität und Solidarität“ gegliedert.

Wichtige Elemente sind wirtschaftliche Entwicklung, Chancen besonders für junge Menschen sowie die Sicherheit der EU -Bürger. Ein besonderer Schwerpunkt soll auf der Heranführung der Westbalkanländer an die EU liegen. Die Webseite bietet aber auch Informationen über Bulgarien, etwa über Reiseziele, Geschichte, Kultur, Küche und Sprache. • *eag Quelle: EU-Nachrichten 01/18*




Der bulgarische Vorsitz im Rat der Europäischen Union [Link](#)



## EURO-Gedenkmünzen – Neuausgaben

In den Amtsblättern C 15 vom 17. Januar 2018 [Link](#), C 16 vom 18. Januar 2018 [Link](#) und C 21 vom 20. Januar [Link](#) wird auf die Herausgabe neuer nationaler Euro-Umlaufmünzen hingewiesen.

Euro-Umlaufmünzen haben im gesamten Euro-Währungsgebiet den Status eines gesetzlichen Zahlungsmittels. Zur Information der Fachkreise und der breiten Öffentlichkeit veröffentlichte die Kommission eine Beschreibung der Gestaltungsmerkmale aller neuen Euro-Münzen. Gemäß den Schlussfolgerungen des Rates vom 10. Februar 2009 ist es den Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets sowie Ländern, die aufgrund eines Währungsabkommens mit der Europäischen Union Euro-Münzen ausgeben dürfen, unter bestimmten Bedingungen gestattet, für den Umlauf bestimmte Euro-Gedenkmünzen auszugeben. Dabei darf es sich ausschließlich um 2-Euro-Münzen handeln. Die Gedenkmünzen weisen die gleichen technischen Merkmale auf wie die üblichen 2-Euro-Münzen, sind jedoch auf der nationalen Seite mit einem national oder europaweit besonders symbolträchtigen Gedenkmotiv versehen. • *eag Quelle Amtsblatt*  
Folgende neue Münzen wurden vorgestellt:

Münze	Ausgabestaat und Anlass	Ausgabedatum
	Estland, Lettland, Litauen  Estland, Lettland und Litauen werden 2018 gemeinsam eine Euro-Gedenkmünze mit einem gemeinsamen Motiv herausgeben, um die Gründung der Staaten Estland und Lettland und die Neugründung des Staates Litauen zu feiern	Erstes Quartal 2018



## Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

### Zukunft des Lernens



Zwei Monate nach dem EU-Sozial-Gipfel in Göteborg hat die EU-Kommission am 17. Januar Empfehlungen vorgelegt, wie die Bildungssysteme der Mitgliedstaaten bei der Vermittlung von Schlüsselkompetenzen in der digitalen Bildung, bei der Förderung unternehmerischer Bildung aber auch von Grundkompetenzen wie

Lesen und Schreiben, Fremdsprachen, Mathematik und Technik verbessert werden können.

Die Kommission schlägt drei Initiativen vor:

1. Empfehlung des Rates zu Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen
2. Aktionsplan für digitale Bildung
3. Empfehlung des Rates über gemeinsame Werte, inklusive Bildung und die europäische Dimension von Unterricht und Lehre

Im November 2017 erörterten die Staats- und Regierungschefs informell das Thema allgemeine und berufliche Bildung auf der Grundlage der Mitteilung der Kommission [„Stärkung der europäischen Identität durch Bildung und Kultur“](#). Auf diese Mitteilung folgten die [Schlussfolgerungen des Europäischen Rates](#) vom 14. Dezember 2017; darin werden die Mitgliedstaaten, der Rat und die Kommission aufgefordert, die in Göteborg erörterte Agenda voranzubringen. Die Überarbeitung der Empfehlung des Rates zu Schlüsselkompetenzen aus dem Jahr 2006 wurde im Juni 2016 in der [Europäischen Agenda für neue Kompetenzen](#) angekündigt. Zur Vorbereitung ihres Vorschlags hat die Kommission im Jahr 2017 eine [öffentliche Anhörung](#) und eine [Stakeholder-Konferenz](#) durchgeführt.

Die neuen Vorschläge werden demnächst auch auf dem ersten [Europäischen Bildungsgipfel](#) erörtert, den Kommissar Navracsics am 25. Januar zum Thema „Schaffung der Grundlagen für einen europäischen Bildungsraum: Für eine innovative, inklusive und wertebasierte Bildung“ ausrichten wird. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung: New measures to boost key competences and digital skills, as well as the European dimension of education [Link](#)

Factsheet: Initiativen im Bereich Bildung [Link](#)

### Freiwilliger EU-Verhaltenskodex: Deutliche Fortschritte bei Bekämpfung von Online-Hetze

Der europäische Verhaltenskodex für die Bekämpfung von Hetze im Internet hat sich als wirkungsvolles Instrument erwiesen, um schnell und effizient illegale Online-Inhalte zu bekämpfen. Das zeigt die dritte Bewertung des Verhaltenskodexes, den die EU-Kommission am 19. Januar in Brüssel vorgestellt hat. IT-Konzerne entfernen im Schnitt 70 Prozent der ihnen gemeldeten hetzerischen Inhalte aus dem Netz. Über 80 Prozent der Meldungen werden von allen teilnehmenden IT-Unternehmen binnen 24 Stunden geprüft. Instagram und Google+ haben heute angekündigt, den Verhaltenskodex ebenfalls zu übernehmen. Im Mai 2016 hatten





sich Facebook, Twitter, YouTube und Microsoft mit einem Verhaltenskodex dazu verpflichtet, die Verbreitung illegaler Online-Inhalte in Europa zu bekämpfen.

Wie die aktuelle Bewertung zeigt, wurden seit der Annahme des Verhaltenskodexes im Mai 2016 stetig Fortschritte bei der Entfernung gemeldeter illegaler Online-Inhalte erzielt.

Die Kommission wird auch künftig regelmäßig die Umsetzung des Kodexes durch die beteiligten IT-Unternehmen bewerten. Dabei wird sie von zivilgesellschaftlichen Organisationen unterstützt. Die Kommission strebt die Beteiligung weiterer Online-Plattformen an. Sollten die Bemühungen nicht fortgesetzt werden oder sich abschwächen, wird die Kommission zusätzliche Maßnahmen in Erwägung ziehen.

Die dritte Bewertung wurde von Nichtregierungsorganisationen und öffentlichen Stellen in 27 Mitgliedstaaten vorgenommen, die die Meldungen gemacht hatten. Am 7. Dezember 2016 hatte die Kommission die [Ergebnisse einer ersten Bewertung](#) der Umsetzung des Verhaltenskodexes vorgestellt. Am 1. Juni 2017 wurden die [Ergebnisse der zweiten Bewertungsrunde](#) veröffentlicht. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Factsheet – Dritte Bewertung des Verhaltenskodexes [Link](#) Fragen & Antworten [Link](#)

## Umwelt - Treffen zu Luftverschmutzung in Brüssel angekündigt

Die EU-Kommission fordert schnelle Lösungen, um das gravierende Problem der Luftverschmutzung in der Europäischen Union endlich in den Griff zu bekommen. Deshalb hat EU-Umweltkommissar Karmenu Vella die zuständigen Minister aus neun Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland, am Dienstag, dem 30. Januar, nach Brüssel eingeladen. Das gab die EU-Kommission am 19. Januar in Brüssel bekannt.



Gegen die neun Mitgliedstaaten, die Tschechische Republik, Deutschland, Spanien, Frankreich, Italien, Ungarn, Rumänien, die Slowakei und das Vereinigte Königreich, hat die EU-Kommission Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, weil sie die vereinbarten EU-Grenzwerte für die Luftverschmutzung nicht einhalten. Ihnen droht nun die Klage vor dem Europäischen Gerichtshof. Das Treffen gibt den Mitgliedstaaten Gelegenheit, nachzuweisen, dass zusätzliche angemessene Schritte unternommen werden, um die gegenwärtige Situation unverzüglich zu beheben und das europäische Recht einzuhalten.

Die Europäische Kommission hat außerdem in einem [Aktionsplan](#) konkrete Maßnahmen verabschiedet, um die Behörden in den Mitgliedstaaten bei der Förderung, Überwachung und Durchsetzung der Einhaltung der EU-Umweltvorschriften zu unterstützen.

Die EU-Rechtsvorschriften über die Luftqualität und saubere Luft für Europa (Richtlinie 2008/50/EG) legen Luftqualitätsgrenzwerte fest, die in der gesamten EU nicht überschritten werden dürfen, und verpflichten die Mitgliedstaaten, die Exposition der Bürger gegenüber schädlichen Luftschadstoffen zu begrenzen.

Trotz dieser Verpflichtung ist die schlechte Luftqualität vielerorts seit Jahren ein Problem. In 23 von 28 Mitgliedstaaten werden die Luftqualitätsnormen immer noch überschritten - insgesamt in mehr als 130 Städten in ganz Europa. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen: Die vollständige Pressemitteilung [Link](#)  
Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland [Link](#)



## Mehrwertsteuer-Reform

Die Europäische Kommission will den Mitgliedstaaten mehr Flexibilität bei der Festlegung der Mehrwertsteuersätze einräumen und das steuerliche Umfeld für Kleinunternehmen verbessern. Die am 18. Januar vorgelegten Vorschläge sind der letzte Teil einer umfassenden [Reform der Mehrwertsteuer durch die Kommission](#) zur Schaffung eines einheitlichen EU-Mehrwertsteuerraums, der den Mehrwertsteuerbetrag in der EU (50 Mrd. Euro jährlich) drastisch verringern und gleichzeitig die Unternehmen fördern und die Staatseinnahmen sichern soll.

Die 1992 von allen Mitgliedstaaten vereinbarten gemeinsamen Mehrwertsteuervorschriften sind nicht mehr zeitgemäß und zu restriktiv. Die Mitgliedstaaten dürfen ermäßigte Mehrwertsteuersätze lediglich in einigen Wirtschaftszweigen und bei einigen Gütern anwenden. Gleichzeitig stellen die Mehrwertsteuersätze für die Mitgliedstaaten ein nützliches Instrument dar, um einige ihrer politischen Ziele zu erreichen. Die Kommission kommt nun ihrer Zusage nach, den Mitgliedstaaten mehr Spielraum bei den Mehrwertsteuersätzen zuzugestehen. Bei einigen bestehenden Ausnahmen von den Vorschriften, den sogenannten Mehrwertsteuer-Ausnahmeregelungen, werden die Mitgliedstaaten in höherem Maße gleichberechtigt sein.

Die Kommission geht auch das Problem kleinerer Unternehmen an, die mit unverhältnismäßig hohen Mehrwertsteuer-Befolgungskosten zu kämpfen haben. Die Befolgungskosten grenzüberschreitend tätiger Unternehmen sind 11 Prozent höher als die nur im Inland tätiger Unternehmen, wobei die kleinsten Unternehmen am stärksten betroffen sind. Dies erweist sich als ein reales Hindernis für das Wachstum, da in der EU 98 Prozent der Unternehmen Kleinunternehmen sind.

Diese Legislativvorschläge werden nun dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss zur Konsultation und dem Rat zur Annahme übermittelt. Die Änderungen werden erst dann wirksam, wenn die Umstellung auf das endgültige Mehrwertsteuersystem erfolgt. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Fragen und Antworten zur Mehrwertsteuer für Kleinunternehmen und zur Festlegung der Mehrwertsteuersätze [Link](#)

Aktionsplan im Bereich der Mehrwertsteuer – Auf dem Weg zu einem einheitlichen europäischen Mehrwertsteuerraum [Link](#)

## Bankenunion - Risikoabbau in den Bankbilanzen kommt voran

Die Europäische Kommission begrüßt die Fortschritte beim Abbau fauler Kredite in der EU. Allein in Italien ist die Quote notleidender Kredite („non-performing loans“, NPL) dank gemeinsamer Anstrengungen von Banken und Aufsehern binnen eines Jahres um ein Viertel zurückgegangen. Das geht aus dem ersten Fortschrittsbericht zum [Aktionsplan der EU-Finanzminister zum Abbau notleidender Kredite](#) hervor, den Kommissionsvizepräsident Valdis Dombrovskis am 18. Januar vorgestellt hat. Der Abbau der Risiken in Teilen des europäischen Bankensektors ist eine wichtige Voraussetzung für die Vollendung der Bankenunion.

Die hohen Bestände an notleidenden Krediten zu verringern und zu verhindern, dass solche Bestände künftig wieder auflaufen können, ist für die Stärkung und Festigung des



Wirtschaftswachstums in Europa unerlässlich. Haushalte und Unternehmen brauchen einen starken und krisenfesten Finanzsektor, um Finanzierungen zu erhalten.

Zwar ist es Sache der einzelnen Banken und Mitgliedstaaten, ihren Beständen an notleidenden Krediten entgegenzuwirken, doch besteht angesichts der potenziellen Ansteckungsgefahr für die EU-Wirtschaft eindeutig auch eine EU-Dimension.

Die Kommission wird im Frühjahr 2018 ein eigenes Maßnahmenpaket vorschlagen, um die Bestände notleidender Kredite zu senken und ihr erneutes Auflaufen in Zukunft zu verhindern. Das Paket wird sich auf vier Bereiche konzentrieren: i) aufsichtliche Maßnahmen, ii) Reformierung des Rahmens für Umschuldung, Insolvenz und Schuldeneinzug, iii) Entwicklung von Sekundärmärkten für ausfallgefährdete Vermögenswerte und iv) Förderung der Umstrukturierung des Bankensystems. Die Maßnahmen in diesen Bereichen sollten auf nationaler Ebene und – wo sinnvoll – auf Unionsebene durchgeführt werden.

Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament außerdem auf, sich rasch über den Vorschlag der Kommission zu Unternehmensinsolvenzen zu einigen. Diese im November 2016 vorgeschlagene Maßnahme würde Unternehmen in finanziellen Schwierigkeiten dabei helfen, frühzeitig Umstrukturierungen durchzuführen und damit einen Konkurs zu vermeiden, was zu effizienteren Insolvenzverfahren in der EU führen würde.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

MEMO [Link](#)

Factsheet [Link](#)

Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen und Mitteilung [Link](#)

## Europäischer Preis für musikalische Newcomer - European Border Breakers Awards

Alice Merton, Sängerin und Songschreiberin mit deutsch-britisch-kanadischen Wurzeln erhielt am 17. Januar im niederländischen Groningen zusammen mit neun weiteren Musikern die European Boarder Breakers Awards, kurz EBBA. Der Musikpreis macht auf europäische Newcomer aus den Sparten Rock, Pop und Dance aufmerksam, die sich durch ihre Albumverkäufe und Tourneen jenseits ihrer Heimatgrenzen ausgezeichnet haben. Das Publikum bekommt mit den EBBA die Chance, neue Musik aus ganz Europa zu entdecken.

Neben Alice Merton erhielten im Rahmen einer Fernsehshow eine Auszeichnung:

Skott, Schweden

Off Bloom, Dänemark

Blanche, Belgien

Salvador Sobral, Portugal

Sigrid, Norwegen

Kristian Kostov, Bulgarien

Youngr, Vereinigtes Königreich

Alma, Finnland

Blaze, Frankreich



Die Preisverleihung innerhalb der TV-Show, die im Theater Stadsschouwburg in Groningen aufgezeichnet und in ganz Europa ausgestrahlt wurde, fand am Eröffnungsabend des Eurosonic Noorderslag statt, der Schlüsselveranstaltung für Gedankenaustausch und Networking in der europäischen Musikszene. Zu den bisherigen Preisträgern zählen



mittlerweile etablierte Künstler wie Adele, Mumford and Sons, Kodalyne, Christine and the Queens, Woodkid, Disclosure, Milky Chance, Selah Sue, Aurora, Damien Rice, Agnes Obel, Stromae, Caro Emerald und viele andere.

Die EBBA werden durch das Creative Europe Programm der Europäischen Union finanziert und vom Eurosonic Noorderslag in Partnerschaft mit der europäischen Rundfunkunion organisiert. 2007 hat die aus Sachsen-Anhalt stammende Band „Tokio Hotel“ den Preis gewonnen.

• *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Webseite European Boarder Brakers Award [Link](#)

## **Agrarpolitik –Öffentliche Konsultation zur Entwicklung des ländlichen Raums für den Zeitraum 2007–2013**

Die EU-Kommission bietet vom 20.1.2018 bis zum 20.4.2018 interessierten Bürgerinnen und Bürgern sowie Organisationen und Behörden die Möglichkeit, ihre Erfahrungen mit dem Programm zur Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) im Zeitraum 2007 bis 2013 mitzuteilen. Die im Rahmen der öffentlichen Konsultation „Ergebnisse der Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums für den Zeitraum 2007–2013 – Ihre Stimme“ gesammelten Informationen dienen der Evaluierung des vergangenen Förderzeitraums und sollen in die Überlegungen zur Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik mit einfließen. Dazu hat die Kommission einen [Fragebogen](#) erarbeitet, der auch durch ein eigenes Positionspapier ergänzt werden kann. • *ms*  
Weitere Hintergrundinformationen: [hier](#)

12

## **Konsultation zu Transparenz und Nachhaltigkeit der Risikobewertung in der Lebensmittelkette**

U. a. als eine Folgemaßnahme auf die [Europäische Bürgerinitiative zu Glyphosat](#) hat die Europäische Kommission eine öffentliche Konsultation zu Transparenz und Nachhaltigkeit des Risikobewertungs-modells der EU für die Lebensmittelkette gestartet. Vom 23.1.2018 bis 20.3.2018 können alle interessierten Bürgerinnen und Bürger aus EU- und Nicht-EU-Ländern über einen [Fragebogen](#) ihre Ansichten und Erfahrungen in Bezug auf Transparenz und Unabhängigkeit des EU-Risikobewertungssystem mitteilen. Im Mittelpunkt steht dabei die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), die als unabhängige wissenschaftliche Einrichtung Gutachten bereitstellt, auf die sich EU-Entscheidungen in der Lebensmittelkette oder auch bei der Genehmigung von Pflanzenschutzmittel oder von gentechnisch veränderten Organismen stützen. Im Ergebnis der Fragebogenaktion sollen Möglichkeiten zur Verbesserung des Systems geprüft werden, die gegebenenfalls in einen Legislativvorschlag der Kommission einfließen, der voraussichtlich im Mai 2018 vorgelegt wird. • *ms*  
Mehr zum Hintergrund der öffentlichen Konsultation: [hier](#)



## Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

### **„Verantwortung!“ – Magdeburg wird sich unter diesem Leitgedanken um den Titel „Kulturhauptstadt Europas 2025“ bewerben - Bewerbung erreicht neue Phase/Vier Schwerpunktthemen**

Mit dem Leitgedanken „Verantwortung!“ und vier Schwerpunktthemen wird sich die Landeshauptstadt Magdeburg um den Titel „Kulturhauptstadt Europas 2025“ bewerben. Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper, der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport, Prof. Dr. Matthias Puhle, sowie der Leiter des Kulturhauptstadtbüros, Tamás Szalay, haben heute die Einzelheiten vorgestellt.

"Lost and Found – Verloren und Wiederfinden", "Read and Rights – Das humanistische Erbe Magdeburgs", "Made in Magdeburg" sowie "Colours – Vielfalt" werden die Schwerpunkte der Magdeburger Bewerbung sein. Hinzu kommen Querschnittsthemen, welche die Schwerpunkte übergreifend prägen.

"Der Leitgedanke ‚Verantwortung!‘ und die herausgearbeiteten Themen sind der inhaltliche und konzeptionelle Rahmen für unterschiedliche Einzelprojekte und Programme, die wir bei einer erfolgreichen Bewerbung entwickeln und umsetzen möchten", so Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper. "Dabei berücksichtigen wir die Magdeburger Geschichte sowie die aktuelle Stadtentwicklung. Wir zeigen aber auch Zukunftsvisionen auf, denn wir tragen Verantwortung – deshalb unser Leitgedanke ‚Responsibility!‘. In den kommenden Monaten werden wir mit den Magdeburgerinnen und Magdeburgern sowie mit potenziellen Mitstreitern aus der Stadt, der Region und darüber hinaus die Themen diskutieren und weiterentwickeln. Aus diesem Dialogprozess wird bis Anfang 2019 das endgültige Konzept der Magdeburger Bewerbung entstehen."

Die Schwerpunkte basieren auf folgenden thematischen Inhalten:

- Lost and Found – Verloren und Wiederfinden

Brüche, Zerstörungen, Erinnerungskultur, Identität und Interpretation des kulturellen Erbes

- Read and Rights – Das humanistische Erbe Magdeburgs

a) Opening Access:

Die Reformation und die Gründung der Stadtbibliothek 1525 (2025: 500 Jahre); Kommunikationsrevolution, Demokratisierung der Information, Zugang zu Kultur, Bildung, Religionen

b) Das Magdeburger Stadtrecht:

Menschenrechte und Bürgerrechte, Bürger und Stadt, Magdeburg und Europa, Europa und die Welt; Kooperationen mit ehemaligen Städten des Magdeburger Rechts



- Made in Magdeburg

Industrielles Erbe, Kreativwirtschaft, Kunst und Technik, Körper und Technik, Industrie 4.0, Künstliche Intelligenz, Virtuelle Realität und Mobilität

- Colours – Vielfalt

a) Gesellschaftliche Vielfalt:

Kulturelle Diversität, Integration, Migration, Minderheiten, Jugend, Senioren, Sport und Fankultur

b) Umwelt, Natur:

Stadtgrün, Stadtklima, Umweltschutz, Ökosysteme, Biodiversität-Monokultur und Nahrungsindustrie

Hinzu kommen Querschnittsthemen, welche die Schwerpunkte übergreifend prägen. Dazu gehören:

- Stadtentwicklung
- Generationen – Jugend und älter werdende Gesellschaft Digitalisierung Stadt in ländlicher Region
- 40 Jahre Kulturhauptstadt

Dabei spitzen sich alle Themen in dem Leitgedanken "Verantwortung! – Responsibility!" zu, unter dem die Bewerbung Magdeburgs stehen wird.

"Vorausgegangen war eine monatelange Arbeit von fünf Kulturbeiräten, die aus mehr als 70 Magdeburgerinnen und Magdeburgern bestehen, sowie zahlreiche thematische Workshops und Diskussionen", betont der Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport, Prof. Dr. Matthias Puhle. "Basierend auf den Berichten der fünf Kulturbeiräte, den Strategien und Konzepten von Stadt und Land sowie den Ergebnissen der Bürgergespräche hat unser Kulturhauptstadtbüro schließlich die Schwerpunkte der Bewerbung herausgearbeitet."

Mit den heute vorgestellten Themen erreicht die Bewerbung Magdeburgs eine neue Phase. "Wir erwarten eine spannende und komplexe Periode, die weit mehr bedeutet, als nur ein Veranstaltungsprogramm für das Jahr 2025 zu entwickeln", blickt der Leiter des Magdeburger Bewerbungsbüros, Tamás Szalay, voraus. "Grund dafür ist, dass die Kulturhauptstadt Europas nicht nur ein großes Festival ist, sondern auch ein Zukunftsprojekt. Wir möchten damit nachhaltige Änderungen in der Stadt erzielen, mit neuen, innovativen Verzahnungen zwischen Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft experimentieren, den kulturellen Sektor insgesamt stärken, die strategischen Ziele als Katalysator fördern sowie die Zukunftsvision der Stadt erzählen und mitgestalten."

Für Magdeburg ist das Ziel, Kulturhauptstadt Europas zu werden, kein elitäres Vorhaben. "Vielmehr wollen wir ein breit aufgestelltes Projekt gestalten, in dem neben verschiedenen Höhepunkten auch zahlreiche künstlerische und gesellschaftliche Projekte stattfinden, die mit der aktiven Beteiligung der Magdeburgerinnen und Magdeburger initiiert und umgesetzt werden", so Tamás Szalay. "Neben unseren städtischen Ansprüchen und Zielen ist die Kulturhauptstadt Europas aber vor allem ein europäisches Projekt. Es gibt uns die Chance, den europäischen Charakter Magdeburgs zu stärken, die Vielfalt der europäischen Kultur in unserer



Stadt und in der Region zu präsentieren und die aktuellen Fragen Europas mit der historischen Erfahrung und dem Potential Magdeburgs zu diskutieren. Kurzum, der Titel bietet eine besondere Möglichkeit, die Zukunft Europas aktiv mitzugestalten, indem sich Magdeburg auch als eine europäische Stadt versteht."

Hintergrundinformationen zum Bewerbungsverfahren Das Landeshauptstadt Magdeburg bewirbt sich um den Titel "Kulturhauptstadt Europas 2025". Neben Deutschland stellt Slowenien 2025 die zweite Kulturhauptstadt. Der Wettbewerb ist offen, das heißt, jede Stadt kann sich bewerben. Die offizielle Bewerbungsphase hat noch nicht begonnen.

Der Wettbewerb wird in den nächsten Monaten von der Bundesregierung angekündigt. Darauf folgend muss das erste Bewerbungsbuch voraussichtlich im Frühjahr 2019 eingereicht werden. Aufgrund der Bewerbungsbücher und einer Präsentation wählt eine internationale Expertenjury die Städte aus, die in die zweite Runde, auf die sogenannte "Shortlist" kommen. Diese Städte müssen eine zweite Version des Bewerbungsbuches bis 2020 erstellen. Nach einem ähnlichen Auswahlverfahren wird dann die Stadt benannt, die den Titel "Kulturhauptstadt Europas 2025" tragen darf.

Obwohl der Wettbewerb noch nicht offiziell angekündigt ist, arbeitet Magdeburg bereits intensiv an der Bewerbung. Bereits 2011 hat der Stadtrat auf Grundlage des damaligen Strategiepapiers des Kulturdezernates zum Thema "Kulturcharta Magdeburg 2020" die Bewerbung Magdeburgs beschlossen. Bis 2015 war das Kulturdezernat in Kooperation mit dem Forum Gestaltung e.V. mit diesem Thema betraut. Im Sommer 2016 hat die Landeshauptstadt fünf Kulturbeiräte aufgestellt, um die Bewerbung vorzubereiten, Analysen und Vorschläge zu entwickeln. Ende 2016 wurde das "Bewerbungsbüro Kulturhauptstadt Magdeburg 2025" gegründet, womit der Prozess eine neue Dynamik erhielt.

15

#### Kontaktdaten:

Landeshauptstadt Magdeburg  
Büro des Oberbürgermeisters  
Team Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Alter Markt 6  
39104 Magdeburg  
Telefon: (03 91) 5 40 27 69, -2717  
FAX: (03 91) 5 40 21 27  
E-Mail: [presse@magdeburg.de](mailto:presse@magdeburg.de)  
URL: [www.magdeburg.de](http://www.magdeburg.de)



#### Weitere Informationen unter:

[www.magdeburg.de](http://www.magdeburg.de)  
[www.facebook.com/Landeshauptstadt.Magdeburg](https://www.facebook.com/Landeshauptstadt.Magdeburg)  
<http://www.magdeburg2025.de/news/detail/news/verantwortung-bewerbungsverfahren-geht-in-die-heisse-phase/>  
[twitter.com/Ottostadt](https://twitter.com/Ottostadt)

- Pressemitteilung von Montag, 22. Januar 2018 Landeshauptstadt Magdeburg



## Europaminister gratuliert zu zwei neuen Europainfozentren im Land

Ab sofort stehen den Bürgerinnen und Bürgern in Sachsen-Anhalt zwei neue Anlaufstellen für ihre Fragen zur Europäischen Union zur Verfügung. Die Europe Direct Informationszentren (EDIC) in Halle in Trägerschaft des DRK Landesverbandes und das EDIC Magdeburg bei der Landeszentrale für politische Bildung sind Teil der neuen Generation des EDIC-Netztes in Deutschland. 41 Zentren in allen Teilen Deutschlands wurden kurz vor Jahresende von der Europäischen Kommission in offener Ausschreibung ausgewählt.



**Europaminister Rainer Robra** gratulierte den erfolgreichen Bewerbern aus Sachsen-Anhalt und betonte die Bedeutung der EDICs als Eckpfeiler der dezentralen europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit im Land. „Die Europe Direct Informationszentren sind Bindeglied in der Kommunikation zwischen den EU-Institutionen und den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort und unverzichtbare Partner für eine erfolgreiche und bürgernahe Europaarbeit im Land. Daher freue ich mich ganz besonders, dass für Sachsen-Anhalt als einziges Bundesland noch ein weiterer EDIC-Standort hinzugewonnen werden konnte“, so Robra.

Das EDIC-Netzwerk bietet den Bürgerinnen und Bürgern Möglichkeiten, praktische Informationen zu erhalten, Ratschläge zu ihren Rechten in der Europäischen Union einzuholen und aktuelle europapolitische Themen zu diskutieren. Die Europe Direct Informationszentren erhalten Zuschüsse von der Europäischen Kommission und sind ab sofort für drei Jahre tätig.

• Staatskanzlei - Pressemitteilung Nr.: 029/2018

Magdeburg, den 17. Januar 2018

16

## EU-Sozialkommissarin Thyssen wirbt in Berlin für längere Auslandsaufenthalte von Auszubildenden

Im Rahmen eines Betriebsbesuchs bei Vattenfall Wärme in Berlin, warb Marianne Thyssen, EU-Kommissarin für Beschäftigung und Soziales, am Montag, den 22.01.2018, beim „deutsch-französischen Tag der Mobilität von Auszubildenden“ (#BonjourAZUBI) für das Programm ErasmusPro. Durch die Initiative sollen in Zukunft auch Lehrlinge dieselben Möglichkeiten für Langzeitpraktika im EU-Ausland erhalten wie Studierende.

In den nächsten 3 Jahren sollen bis zu 50.000 Auszubildende die Gelegenheit bekommen, drei bis zwölf Monate in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union zu verbringen. Die EU-Kommission möchte erreichen, dass Lehrlinge vermehrt am Erfolg vom Erasmus-Programm, mit dem bereits 9 Millionen junge Menschen Auslandserfahrungen sammeln konnten, partizipieren. Auszubildende sollen angeregt werden andere Kulturen, insbesondere durch längere Auslandsaufenthalte, zu entdecken, neue Arbeitsweisen zu erfahren. Dadurch soll die Entwicklung fachspezifischer Fähigkeiten gefördert werden. Zudem seien breit gefächerte Sprachkenntnisse auf dem heutigen Arbeitsmarkt von immenser Bedeutung.

Begleitet von weiteren Pilotprojekten gehört das Programm ErasmusPro zu einem ersten Teil des Europäischen Rahmens für die Langzeitmobilität von Auszubildenden. Dieser soll die EU-Staaten dabei unterstützen, jungen Menschen beim Ausbau ihrer Kompetenzen und ihrer Beschäftigungsfähigkeit zu helfen. • jsa





## Digitaler Binnenmarkt: Arbeitsgruppentreffen zu Digital Innovation Hubs: Fraunhofer IFF Magdeburg präsentiert sich

Am 22. Januar 2018 fand ein Arbeitsgruppentreffen zu den sogenannten „Digital Innovation Hubs“ statt. Diese Initiative wurde im Jahr 2016 von der EU-Kommission zur Verwirklichung des Digitalen Binnenmarkts vorgelegt. Aus dem EU-Forschungsrahmenprogramm Horizont 2020 werden dabei jährlich 100 Mio. EUR zur Schaffung regionaler „Hub-Ökosysteme“ (engl. Digital Innovation Hubs) investiert. Finanziert werden vor allem Networking, Clusterpartnerschaften und innovative grenzüberschreitende Zusammenarbeit sowie der Austausch von bewährten Verfahren (Best Practices). Grundidee der Digital Innovation Hub-Initiative – motiviert durch das Silicon Valley in den USA – ist es, dass die Zusammenarbeit von Start-ups, etablierter Wirtschaft und Wissenschaft auch im digitalen Zeitalter besonders gut auf engem Raum funktioniert und dabei Innovationen fördert.

Zielsetzung des Treffens am 22. Januar 2018 war der Austausch von Best Practices und die Information zu anstehenden Ausschreibungen. Christian Blobner, Fraunhofer-Institut für



**Fraunhofer**  
IFF

Fabrikbetrieb und -automatisierung IFF, stellte das „Virtual Development and Training Centre“ (VDTC) Magdeburg als Digital Innovation Hub Sachsen-Anhalts vor, der auch offiziell als solcher anerkannt wurde von der EU-Kommission. Die Mission des VDTC ist

die Erforschung und Förderung der Rolle von menschlichen Akteuren in einer zunehmend digitalisierten und automatisierten Produktions- und Arbeitsumgebung. In den hoch modernen Hightech-Laboren des VDTC arbeiten Wissenschaftler interdisziplinär mit industriellen Anwendern und innovativen Dienstleistern zusammen. Stark praxisorientiert werden gemeinsam



visuell-interaktive Simulationen beispielsweise für die virtuelle Produkt- und Prozessentwicklung erarbeitet. Neben virtuellen Funktionstests ist das virtuelle Training Schwerpunkt der VDTC-Forschungsarbeit. Darüber hinaus bietet das VDTC einen Industrie-4.0 Checkup an, mit dem die Digitalisierungspotenziale von Unternehmen, insbesondere für den Mittelstand, systematisch analysiert und effektive Maßnahmen individuell geplant werden können. Der Industrie-4.0 Checkup ist so erfolgreich, dass er bereits nach Spanien, Thailand, China und Kasachstan exportiert wurde.



Ebenfalls als Hub fungiert das Mittelstand 4.0-Kompetenzzentrum Magdeburg. Als vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie geförderte Einrichtung



**Mittelstand 4.0**  
Kompetenzzentrum  
Magdeburg

unterstützt es Unternehmen beim Einsatz innovativer digitaler Lösungen zur Optimierung innerbetrieblicher Prozesse, Vernetzung von Betrieben und Entwicklung neuer Geschäftsfelder. Es hat besonders die für Sachsen-Anhalt bedeutsamen Branchen Maschinen- und Anlagenbau, Mobilität und Logistik, Chemie und Bioökonomie, Gesundheit und Medizin sowie Ernährung und Landwirtschaft im Fokus.

• *dw Quelle: EU-Kommission*

Weitere Informationen:

Digital Innovation Hub Initiative und Treffen am 22. Januar 2018 (Präsentation etc.): siehe [hier](#)

Europäischer Katalog der Digital Innovation Hubs: siehe [hier](#)

Fraunhofer IFF Magdeburg: siehe [hier](#)

Mittelstand 4.0-Kompetenzzentrum Magdeburg: siehe [hier](#)



# Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

## **Gegenstand:** Europäische Kommission – **Stellenausschreibungen für nationale Sachverständige END**

Die Kommission sucht 12 nationale Sachverständige für Abordnungen in ihren nachstehend aufgeführten Generaldirektionen.

Nr.	GD	Anmerkungen	Einsendefrist Bewerbungen
01	COMP-H-2		26/03/2018
02	ECHO-D-1		26/03/2018
03	EMPL-01	verkürzte Frist	26/02/2018
04	EMPL-D-2	verkürzte Frist	26/02/2018
05	ENER-E-1		26/03/2018
06	ESTAT-F-1		26/03/2018
07	GROW-D-1	verkürzte Frist	26/02/2018
08	HOME-A-1	verkürzte Frist	26/02/2018
09	HOME-B-3	verkürzte Frist	26/02/2018
10	TRADE-D-1	verkürzte Frist	26/02/2018

### **Fundstelle:** Rundschreiben der Ständigen Vertretung vom Länderbeobachter

Alle aktuellen Vakanzen für Nationale Sachverständige finden Sie auch auf der Website der Ständigen Vertretung bei der EU in Brüssel:

[http://www.bruessel-eu.diplo.de/Vertretung/bruessel\\_eu/de/04-Service-und-Karriere/Arbeiten-bei-EU/03-02-END/02-END.html](http://www.bruessel-eu.diplo.de/Vertretung/bruessel_eu/de/04-Service-und-Karriere/Arbeiten-bei-EU/03-02-END/02-END.html). Diese Stellen werden daher nicht im Internationalen Stellenpool aufgenommen.

### **Bewerbungsfrist:** siehe Tabelle

Die Bewerbungsunterlagen müssen zur Prüfung bei der Ständigen Vertretung (StäV) in Brüssel 3 Tage vor der in der Ausschreibung genannten Frist unter der Emailadresse: [pol-eu2-30-eu@brue.diplo.de](mailto:pol-eu2-30-eu@brue.diplo.de) eingehen.

Für nach genannter Frist eingehende Bewerbungen kann die StäV die fristgerechte Weiterleitung nicht garantieren. Bewerber/innen laufen u.U. dann Gefahr, dass Ihre Bewerbung nicht mehr berücksichtigt werden kann.

Die Bewerbungsunterlagen müssen unbedingt per E-Mail versandt werden, zunächst durch den Kandidaten oder die entsendende Behörde an die genannte E-Mail-Adresse in der StäV. Von hier werden die Bewerbungsunterlagen nach Prüfung per E-Mail an die Generaldirektion Humanressourcen (GD HR) bzw. die ausschreibende EU-Dienststelle weitergeleitet.

Jeder Bewerbungseingang wird von der StäV per E-Mail bestätigt. Sollten Sie keine Bestätigung erhalten, erkundigen Sie sich bitte noch einmal.

### **Auskunft erteilt:** Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU

Frau Pilarski,

Tel.: ++32-2-787.10.39

E-Mail: [anke.pilarski@diplo.de](mailto:anke.pilarski@diplo.de) / [pol-eu2-30-eu@brue.diplo.de](mailto:pol-eu2-30-eu@brue.diplo.de)



### **Bewerbungsunterlagen:**

Die GD HR/ausschreibende EU-Dienststelle benötigt den Lebenslauf im [Europass-Format](#) sowie ein Motivationsschreiben. Die Bewerbungsunterlagen können grundsätzlich in den drei EU-Arbeitsprachen (Deutsch, Englisch und Französisch) eingereicht werden. Bitte nennen Sie im Betreff Ihrer E-Mail die folgenden Informationen:

- Ausschreibende EU-Dienststelle
- Bewerbungsfrist
- Name(n), Vorname(n) des Bewerbers/der Bewerberin
- entsendende Behörde/Referat

### **Zusage der Kostenübernahme:**

Für die Weiterleitung der Bewerbungsunterlagen an die GD HR/ausschreibende EU-Dienststelle benötigt die StäV unbedingt die Zusage des Dienstherrn über die Fortzahlung der Bezüge/des Gehalts. Die entsendende Behörde kann entweder bei Weiterleitung der Bewerbungsunterlagen an die StäV diese Zusage formlos in der E-Mail angeben oder in einem Schreiben die Fortzahlung der Bezüge/ des Gehalts für die/den Bewerber/-in bestätigen.

Bekommt die GD HR/ ausschreibende EU-Dienststelle eine Bewerbung von einer Ständigen Vertretung eines Mitgliedstaates zugeleitet, wird davon ausgegangen, dass die entsendende Behörde die Fortzahlung der bisherigen Bezüge zugesagt hat. Die Prüfung dieser Voraussetzung obliegt der StäV. Ist diese Voraussetzung nicht erfüllt, kann die StäV die Bewerbung daher nicht weiterleiten.

### **Weitere Unterlagen:**

Erst bei erfolgreicher Bewerbung werden den Bewerber/innen seitens der GD HR Formulare zur verwaltungstechnischen Vorbereitung der END-Entsendung (Secondment request forms) mit der Bitte um Rücksendung zugehen.

### **Drei Tipps für Ihre Bewerbung:**

- Informieren Sie sich am besten bereits im Vorfeld der Erstellung Ihrer Bewerbungsunterlagen über die EU-Behörde/Dienststelle, von der die END-Position ausgeschrieben wird. Hilfreich hierbei ist auch ein Blick in das amtliche Verzeichnis der Europäischen Union. [Hier](#) finden Sie in einer hierarchische Navigation zur organisationalen Struktur der EU-Organe:
- Prüfen sie die Stellenbeschreibungen genau und passen Sie Ihr Motivationsschreiben dem Anforderungsprofil der END-Stelle an. Hinweise zur Erstellung eines Motivationsschreibens sowie Formulierungsvorschläge finden Sie auf der [Webseite](#) des Auswärtigen Amts. Dort können Sie auch Musterbeispiele herunterladen.
- Gestalten Sie Ihren Lebenslauf so aussagekräftig wie möglich. Stellen Sie speziell für die angestrebte END-Stelle Fähigkeiten und Erfahrungen heraus, die Sie mitbringen. Durch das [Europass-Format](#) ist es möglich, zu jeder beruflichen Station ihres Werdegangs auch genauer über die dabei erlernten Fähigkeiten zu berichten.



## Interesse an europäischen Filmen wecken - EU stellt Fördermittel für „Film Education“ bereit

Einrichtungen, die versuchen, vor allem bei Kindern und Jugendlichen bis 19 Jahren Interesse an europäischen Filmen zu wecken und das Wissen über diese zu vergrößern, können sich jetzt um EU -Fördermittel bewerben. Bis zum 1. März können Anträge auf Zuschüsse für „Film Education“ aus dem Programm Creative Europe Media gestellt werden. Insgesamt können bei diesem Aufruf 2 Mio. Euro vergeben werden. Um gefördert zu werden, müssen sich mindestens drei Einrichtungen aus drei Teilnehmerländern des Programms zusammenschließen.



Beispiel für ein gefördertes Projekt ist „ABC inema“. Das Deutsche Filminstitut erweitert damit das Konzept seines MiniFilmclubs auf andere Länder. Sechs weitere führende europäische Kinematheken und Kinoinstitutionen sind beteiligt. ABC inema hat sich zum Ziel gesetzt, die nächste Generation von Kinobesuchern neugierig auf den Film als Kunstform und als bedeutenden Teil des kulturellen Erbes Europas zu machen. • *eag Quelle: EU-Nachrichten 01/18*

Das Projekt ABCinema [Link](#)



# Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

## Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche

Programm Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Erasmus + KA2  Germany	Marissa Wetzel-Schumann Emanuel-Felke Gymnasium Poststraße 36 55566 Bad Sobernheim E-Mail: <a href="mailto:marissa.wetzel-schumann@emanuel-felke-gymnasium.de">marissa.wetzel-schumann@emanuel-felke-gymnasium.de</a>	The Emanuel-Felke-Gymnasium Bad Sobernheim in Rhineland-Palatinate, Germany is looking for partners to take part in a project in the Erasmus+ programme, KA2 of the theme «Fairytale - and legendary Europe».
Creative Europe – 2018  France	<a href="mailto:isabelle.ramon@colmar.fr">isabelle.ramon@colmar.fr</a> and <a href="mailto:remy.casin@colmar.fr">remy.casin@colmar.fr</a> (with <a href="mailto:info@bureau-alsace.eu">info@bureau-alsace.eu</a> in copy)	La Bibliothèque des Dominicains (Colmar - France) is looking for partners to submit a proposal for a large scale cooperation project under the Creative Europe programme: <a href="https://eacea.ec.europa.eu/creative-europe/actions/culture/cooperation-projects_en">https://eacea.ec.europa.eu/creative-europe/actions/culture/cooperation-projects_en</a> The project proposal would be submitted for the next call that would be published during the year 2018. The project would focus on the use of digital tools to showcase library collections to a larger audience. The partners sought are : <ul style="list-style-type: none"><li>• Libraries</li><li>• Museums</li><li>• Other type of entities with an interest in old books and illustrations</li></ul>



### GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms "Sachsen-Anhalt transnational".



**Deutsches  
Rotes  
Kreuz**

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

1. Was ist EDIC?
  - a) Das European Documentation and Innovation Center mit Sitz in Bratislava,
  - b) Das in Lyon ansässige European Drugs against Influenza Center
  - c) Die Europe Direct Information Center in allen Mitgliedsstaaten der EU.
  
2. Welche Schwerpunkte setzten die EDICs im Jahr 2018?
  - a) Vorbereitung auf die Wahlen zum Europäischen Parlament 2019,
  - b) Die Zukunft Europas,
  - c) Ein Europa das schützt, das Ergebnisse liefert und die soziale Grundlage für die politische Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger am europäischen Projekt schafft,
  - d) Europäisches Jahr des kulturellen Erbes 2018.
  
3. Welche Serviceleistungen bieten EDICs?
  - a) Vorbereitung und Durchführung von Kampagnen für potentielle Kandidaten der politischen Parteien, die sich für die Wahlen zum Europäischen Parlament bewerben,
  - b) Organisation und Finanzierung von Klassenfahrten zu den Europäischen Institutionen,
  - c) Information von Bürgerinnen und Bürger zu allen Fragen rund um die EU: Reisen, Arbeiten, Umziehen, Versicherungen, Rechte, Förderprogramme, Geschichte und Institutionen der EU.



Antworten:

1. c) Über 500 Europa Direkt Informationsstellen (Europe Direct Information Centre) der Europäischen Kommission gibt es in ganz Europa. In der neuen Phase 2018 – 2020 wird es in Deutschland regional verteilt 41 EDICs geben. Davon zwei in Sachsen-Anhalt. In Magdeburg bei der Landeszentrale politische Bildung und in Halle unter der Leitung von GOEUROPE! beim DRK Sachsen-Anhalt. Während sich das EDIC Magdeburg schwerpunktmäßig auf den Norden des Bundeslandes konzentriert, so wird sich EDIC Halle um die europäische Informationsarbeit im südlichen Teil Sachsen-Anhalts kümmern. Darüber hinaus wird es eine Anzahl gemeinsamer Aktivitäten mit landesweiter Ausstrahlung beider EDICs zusammen geben. Die feierliche Eröffnung des Besucher- und Seminarzentrums des EDIC Halle findet am 18.04.2018 statt.
  
2. a) b) c) d) Im Jahr 2018 liegen die Schwerpunkte der Europe Direkt Informationsstellen für die europäische Öffentlichkeitsarbeit weiterhin auf der Diskussion über die Zukunft Europas, insbesondere im Hinblick auf die Wahl zum Europäischen Parlament im Jahr 2019. Zudem sollen die Errungenschaften der Europäischen Union betont werden: Ein Europa das schützt, das Ergebnisse liefert und die soziale Grundlage für alle schafft. Dafür wird die Europäische Kommission drei Informationskampagnen zu den Werten und Vorteilen der EU durchführen, die über die EDICs regional beworben werden. Weiterhin ist 2018 das europäische Jahr des kulturellen Erbes, so dass vor diesem Hintergrund eine Vielzahl von Veranstaltungen stattfinden werden.
  
3. c) Die Europa Direkt Informationsstellen informieren Bürgerinnen und Bürger zu allen Fragen rund um die EU: Reisen, Arbeiten, Umziehen, Versicherungen, Rechte, Förderprogramme, Geschichte und Institutionen der EU:  
*Eine Krankenschwester möchte in Schweden arbeiten, eine Schülerin muss eine Facharbeit zur EU-Erweiterung schreiben, ein Rentner soll in Deutschland und Spanien Krankenversicherungsbeiträge bezahlen ... die Fragen, die im Zusammenhang mit solchen Situationen entstehen, beantwortet das Europa Direkt Informationsstelle.*  
Die Europa Direkt Informationsstellen bieten darüber hinaus auch Informationen über Themen wie Verbraucherschutz oder Anerkennung von Berufsabschlüssen. Außerdem gibt es eine Vielzahl an europabezogenen Materialien und Veranstaltungen.





# Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt  
bei der Europäischen Union  
80, Boulevard Saint Michel  
B – 1040 Brüssel  
Belgien

E-Mail-Adresse

[sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de](mailto:sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de)

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

## Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Dr. Henrike Franz (HF)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	<a href="#">E-Mail</a>
Carmen Johannsen (Jo)	Stellvertretende Leiterin, Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	<a href="#">E-Mail</a>
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	<a href="#">E-Mail</a>
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	<a href="#">E-Mail</a>
Daniel Wentzlaff (DW)	Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	<a href="#">E-Mail</a>
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	<a href="#">E-Mail</a>
Andreas Schweitzer (AS)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU-Förderprogramme, Verkehr	...38	<a href="#">E-Mail</a>
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenpiegel, Veranstaltungen	...32	<a href="#">E-mail</a>
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	<a href="#">E-Mail</a>
NN	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	<a href="#">E-Mail</a>
Valentin Heller (VH)	Praktikant	...22	<a href="#">E-Mail</a>
Emine Ademi (EA)	Praktikantin	...22	<a href="#">E-Mail</a>
Julia Shirley Alsleben (JSA)	Praktikantin	...22	<a href="#">E-Mail</a>

[Zurück zur Übersicht](#)



**SACHSEN-ANHALT**

Vertretung bei der  
Europäischen Union

## Impressum

### Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der  
Europäischen Union  
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

### Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

### Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben  
oder Quelle: Internet

### Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

